

5 **Beschluss des SPD-Kreisvorstands Forchheim am 2.3.2010****Antrag „Mehr Miteinander“ zur SPD-Kreismitgliederversammlung 2010**

Das vergangene Jahrzehnt hat gezeigt, dass die Welt nicht gerechter wurde, indem für die
Wirtschaft Regeln abgebaut und der Arbeitsmarkt liberalisiert wurde. Auch eine stärkere
10 Individualisierung von Risiken in unserer Gesellschaft brachte keine nachhaltigen
Verbesserungen. Zwar konnte die wirtschaftliche Wachstumskrise Ende der neunziger Jahre in
Deutschland durch Anstrengungen von Politik, Unternehmen und Gewerkschaften kurzfristig
überwunden werden, aber Antworten auf die soziale Ungerechtigkeit in einer globalen Welt
konnten nicht gefunden werden. Die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise seit Herbst 2008
15 bedeutet einen tiefen Einschnitt, deren Folgen für viele in unserer Gesellschaft noch nicht
absehbar sind.

Die SPD im Landkreis Forchheim will Antworten finden und die politische Kraft sein, die
Veränderungen in unserer Gesellschaft aufnimmt und entsprechend Rahmenbedingungen
20 schafft, mit der alle Schichten eine Verbesserung erleben.

**Neben einem nachhaltigen Handeln will sie verstärkt auf ein „Mehr Miteinander“ in
unserer Gesellschaft bauen.**

25



Die SPD im Landkreis Forchheim will unsere Gesellschaft dahingehend weiterentwickeln, dass
es eben nicht egal ist, wie es den anderen geht, und jeder nur auf seinen eigenen Vorteil achtet.
30 Dieser Trend hat leider in den letzten Jahren Einzug gehalten. Jeder hat theoretisch die
gleichen Chancen, doch die Praxis ist oft weit von diesem Grundsatz entfernt. Der Sozialstaat
muss auch künftig gewährleistet sein und kann nicht durch eine Privatisierung von Risiken
ersetzt werden.

35 Dem aktuellen Trend in unserer Gesellschaft, dass man sich erst um sich selbst kümmert und Schwierigkeiten anderer mit Achselzucken zur Kenntnis nimmt, will die SPD im Landkreis Forchheim mit der Initiative „**Mehr Miteinander**“ entgegenreten. Damit wird die SPD aufzeigen, dass man gemeinsam mehr erreichen kann. Sie will Vorreiter und Motor für einen neuen Geist in unserer Bevölkerung sein.

40 Die SPD möchte in den nächsten Jahren zusammen mit Vereinen, Verbänden und Gruppierungen im Landkreis dazu beitragen, dass es in vielen gesellschaftlichen Bereichen zu einer Verbesserung kommt. Sie will im Bildungswesen mehr Chancengerechtigkeit erreichen, unter anderem durch eine längere gemeinsame Schulzeit an den Grundschulen. Sie will
45 engagiert gegen den Verlust der wohnortnahen Schulen kämpfen und beitragen, dass es zu weniger Stundenausfälle kommt.

Bei der Gesundheitsversorgung im Landkreis setzt sie auf ein „**Mehr Miteinander**“, damit eine ärztliche Versorgung in der Fläche erhalten bleibt. Dies kann nur erreicht werden, wenn Ärzte,
50 Pflegepersonal, kommunale Träger und Patienten an einem Strang ziehen. Dies schließt auch mit ein, dass in der Arbeitswelt teilweise eine Neuorientierung nötig ist, um faire Lohn- und Arbeitsbedingungen für alle Arbeitnehmer zu schaffen.

In einer verbesserten Zusammenarbeit zwischen den Kommunen im Landkreis und zwischen
55 Stadt und Land liegen große Potentiale für eine bessere Zukunft. Die Vermarktung von Gewerbegebieten, Umweltschutz und erneuerbare Energien, der Ausbau von DSL, Verbesserung der Gemeindefinanzen und eine Förderung des Tourismus müssen interkommunal angegangen werden.

60 Auch der demografische Wandel, mit seinen Veränderungen wie das Ausbluten der Dörfer, der Schließung von Schulen, dem Schwund von Gewerbebetrieben in ländlichen Regionen will die SPD durch die Initiative „**Mehr Miteinander**“ beeinflussen. Nur gemeinsam erreichen wir, dass die Betreuung älterer Familienangehöriger, ein Ausbildungsplatz bzw. Arbeitsplatz in der Nähe oder eine gute Kinderbetreuung in allen Teilen des Landkreises gewährleistet werden kann.

65 Die SPD im Landkreis Forchheim will durch die Initiative „**Mehr Miteinander**“ zeigen, dass sie die Kritik der Wähler verstanden hat und sich daher neu ausrichtet. Sie zeigt sich auch offen zum Mitmachen und zur Unterstützung der Initiative „**Mehr Miteinander**“ und lädt die gesamte Bevölkerung ein, sich zu beteiligen.